

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/53. Jahrgang

Dezember 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

Strompreise – absurde Preisfindung

Die Stadtwerke Gießen haben, wie alle anderen Stromversorger, die Preise für elektrische Energie massiv erhöht.

Ab 01.01.2023 wird sich der Preis für einige Kunden verdoppeln. Grund dafür ist die politisch gewollte absurde Methode zur Preisgestaltung. Wie im vorigen Echo erläutert, wird für die gesamte verkaufte Strommenge der Preis des mit Erdgas erzeugten Stroms kassiert. Die allergrößte Menge der elektrischen Energie wird aber mit günstigeren Energieträgern (Sonne, Wind, Wasser, Kohle, Uran) gewonnen. Die Erzeugerkosten dafür

liegen meist unter zehn Cent pro Kilowattstunde.

Die erzielten Gewinne der Stromerzeuger sind gigantisch. Die Bundesregierung könnte ohne weiteres diese von der EU erfundene Preisfindung abschaffen. Damit wäre den Stromkunden besser geholfen als mit Preisdeckeln und anderen kompliziert errechneten Beihilfen. Auch die Staatskasse wäre damit um Milliardenbeträge entlastet. Die Regierung wird ihrem Eid, Schaden vom Volke abzuwenden, in keiner Weise gerecht.

Gernot Linhart



Inhalt

Witt-Stahl in Gießen / In der Roos	S. 2
Uniklinikum / BI Schwanenteich	S. 3
0-Euro-Ticket / Bürgergeld	S. 4
Klimakonferenzen / Hetze gegen Klimaschützer	S. 5
Gewerkschaften in Europa / Fußball-WM in Katar	S. 6
Kuba-Blockade / Werner Ortmüller in DKP	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo / Kreuzworträtsel	S. 8

Kalte Zensur und Gummiparagrafen

Der Weg in den Obrigkeitsstaat

„Wer die Medien kontrolliert, kontrolliert den Verstand“, Jim Morrison - US-Sänger und Lyriker.

Nur ein paar Personen bestimmen, was in den Medien der BRD erscheint. Wo wenige Konzerne und staatsnahe Anstalten das Sagen haben, herrscht effektiv Gleichschaltung. Alternative Medien, die von den offiziellen Narrativen abweichende Meinungen Raum bieten, werden systematisch bekämpft. Russische Sender und Nachrichtenportale werden offen unterdrückt, die *Junge Welt* erfährt geheimdienstliche „Bearbeitung“, *Attac* und jüngst den *NachDenkSeiten* erschwert man durch steuerrechtliche Tricks die Finanzierung.

Mit der Verschärfung des §130

StGB (Volksverhetzung) hat die Ampel-Koalition dem schnell wachsenden Zoo an Gummiparagrafen ein besonders kapitaales Exemplar hinzugefügt, das der Willkür Tür und Tor öffnet. Nun sollen Richter urteilen, wann „gröbliches Verharmlosen“ von Völkermord, Kriegsverbrechen etc. vorliegt, und wann dieses „geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“ und somit strafwürdig ist.

Meinungsfreiheit und Demokratie sind im bürgerlichen Staat nicht selbstverständlich, sondern müssen erkämpft werden. Die Geschichte zeigt, dass sie jederzeit entzogen werden können. „Du musst dir schon selber helfen, wenn dir was dran liegt!“ (Die Broilers in „Keine Hymnen heute“) ☞

Michael Drees

Für Frieden und Sozialismus!



Stärke und Einfluss der Faschisten in der Ukraine

Am 16.11. berichtete Susann Witt-Stahl (Chefredakteurin von *Melodie und Rhythmus*) in der Kongresshalle Gießen über die Funktion der ukrainischen Faschisten für die NATO und den prowestlichen Teil der ukrainischen Bourgeoisie. Über 40 Zuschauer fanden sich zu der Veranstaltung von DKP, SDAJ und VVN ein. Dabei wurde klar, dass die Faschisten in der Ukraine keine guten Wahlergebnisse brauchen, weil die meisten Parteien in der Ukraine deren Positionen längst übernommen haben und andere mittlerweile verboten sind. Faschismus ist keine Frage von bestimmter Symbolik, sondern eine Herrschaftsform des Kapitals. Die faschistische Ideologie gehört in der Ukraine inzwischen zur Popkultur und hat die kulturelle Hegemonie errungen. Deutschland war immer, besonders nach 1945

ein wichtiger Unterstützer des Banderismus – es ist kein Zufall, dass Bandera in München lebte. Die USA und Großbritannien haben die ukrainischen Faschisten schon nach 1945 massiv unterstützt, um eine antikommunistische Guerilla in der UdSSR zu etablieren - dem KGB gelang es damals letztlich, diese

Guerilla zu zerschlagen. Diese Traditionslinie setzt die heutige Unterstützung durch USA und GB fort. Die Faschisten in der Ukraine sind inzwischen hervorragend bewaffnet und werden die Waffen nicht mehr abgeben.

M.L.



Schon gesehen?

Youtube-Kanal DKP Gießen

<https://www.youtube.com/watch?v=k0ihgTQbt1A>



In der Roos – Ohrfeige für Gießens „grüne“ Naturzerstörer

Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat den Bebauungsplan für das Rödgener Gebiet „In der Roos“ wegen grober Verstöße gegen das Umweltrecht für ungültig erklärt. Der Magistrat wollte diese innerörtliche Wiese, ein wertvolles artenreiches Biotop mit dem streng geschützten Schmetterling *Großer Wiesenknopf-Ameisenbläuling*, behandeln, wie ein bereits bebautes Grundstück.

Dem Rechtsamt und dem Um-

weltamt musste klar sein, dass diese Vorgehensweise nicht rechtmäßig ist. Bedauerlich ist, dass das Urteil erst nach drei Jahren gefällt wurde.

Geklagt hatte ein Rödgener Landwirt. Ohne breiten Widerstand im Ort und seitens vieler Naturschützer hätte die Stadt längst vollendete Tatsachen geschaffen. Die Fläche war bereits in die vorgesehenen Bauplätze geteilt und die Besitzverhältnisse waren geändert worden. 2021 sollten Baustreifen angelegt werden, die dafür vorgesehenen Wiesenstreifen waren schon gemäht.

Eine Initiative im Stadtparlament verhinderte das Schlimmste, die Baumaßnahme wurde gestoppt. Leider wurde das Absammeln der Schmetterlinge

weitergeführt, möglicherweise ist der Bestand inzwischen erloschen.

Zigtausende Euro Planungskosten hat die Stadt verschwendet. Allein das Einfangen der Bläulinge hat 20.000 Euro gekostet.

Eigentlich müssten die verantwortlichen Kommunalpolitiker zur Rechenschaft gezogen werden, Rücktritte wegen Rechtsbruch wären fällig. Der Fall zeigt, dass das Stadtparlament kein Hindernis gegen rechtswidrige Entscheidungen ist. Immer wieder sind Abgeordnete bereit, gegen ihre eigene Überzeugung den Plänen des Magistrats und ihrer Fraktionsführung zuzustimmen. Dann helfen nur außerparlamentarischer Widerstand und eventuell der Rechtsweg.

Gernot Linhart





Uniklinikum – Land bleibt passiv

Das Personal am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) wird weiterhin in Unsicherheit gehalten. Es gibt keinen Vertrag über seine Situation im nächsten Jahr. Sowohl die Direktoren der Kliniken als auch die Belegschaften haben sich mit offenen Briefen an die Landesregierung gewandt, damit diese ihre Verhandlungen mit der Rhön AG vorantreibt. Ministerpräsident Rhein hat mit dem Rhön-Vorstand gesprochen, offensichtlich aber nichts erreicht.

Die Rhön AG will in den nächsten zehn Jahren mindestens 500 Mio. Euro Investitionszuschüsse vom Land, ist jedoch nicht bereit, dafür Verpflichtungen einzugehen. Vor allem will sie die Möglichkeit behalten, die Wertsteigerung durch diese Investitionen bei einem möglichen Verkauf des UKGM als Gewinn einzustreichen.

Es zeigt sich immer wieder, dass nur eine Wiedervergesellschaftung



Am 24.11. hat die DKP die Mitarbeiter des UKGM bei ihrem Warnstreik unterstützt und das Echo-Extra mit unserer Solidaritätserklärung verteilt. 

Wir unterstützen die Streikenden und wünschen ihnen Kraft, Durchhaltevermögen und viel Erfolg.

die Zukunft der Kliniken sichern kann. Marburgs Oberbürgermeister hat dazu einen Vorschlag gemacht:

Die Stadt will aus ihren hohen Gewerbesteuererträgen (Steuern aus den Gewinnen der Firma Biontec) 100 Mio. Euro beitragen. Weitere 100 Mio. aus dem Verkauf hat das Land Hessen noch auf dem Konto. Das müsste reichen, denn alle Investitionen seit der Privatisierung wurden vom Personal erwirtschaftet, die Rhön AG hat in jedem Jahr Gewinne in Höhe von vielen Millionen Euro gemacht. Aber die zuständige Wissenschaftsministerin Dorn (Grüne) hält nichts von einer Vergesellschaftung, sie will die Belegschaften weiter in Unklarheit lassen.

Jeder in Mittelhessen kann Patient im UKGM werden und bekäme die Misere dort zu spüren – deswegen braucht das Personal der Kliniken noch viel mehr Solidarität bei seinen Streiks und Aktionen für eine gute Zukunft.

Gernot Linhart

Bürgerinitiativen zeigen Zähne gegen rosa-grüne Magistratspolitik

Bürgerentscheid zum Schwanenteich wird kommen

Die Bürgerinitiative (BI) „Rettet die Bäume am Schwanenteich“ ist auf dem besten Weg, die benötigten Unterschriften für einen Bürgerentscheid zusammenzubekommen. Über 4.000 Bürger aus Gießen und etliche Auswärtige fordern, dass entgegen den Magistrats- und Parla-

mentsplänen die 80 Bäume am Weg entlang des Schwanenteichs erhalten bleiben. Mit wöchentlichen Infoständen in der City, Flugblättern, einer Menschenkette am 20.11. um den Teich und Veranstaltungen wies die BI mit Unterstützung der Naturschutzverbände auf einen Alternativplan des Ingenieurs Horst Dreier hin. Mit seinem Sanierungsplan würde die Stadt über 600.000 Euro und Baumfällungen einsparen. Die Mehrheit des Stadtparlaments ignorierte in großer Selbstgefälligkeit dieses Vorhaben.

Falls das Stadtparlament seine Pläne nicht aufgibt, sind alle Bürger aufgerufen, bei diesem Bürgerentscheid die Naturzerstörungen zu vereiteln.

Die DKP verurteilt die Versuche, ein Erholungs- und Freizeitgebiet für viele Menschen und den



Am 17.11. demonstrierten Mitglieder der BI bei der Gießener Stadtverordnetenversammlung.

Lebensraum von Tieren und Pflanzen zu vernichten.

Die DKP-Abgeordnete Martina Lennartz unterstützt als fraktionslose aktiv innerhalb und außerhalb des Parlaments die Proteste der Bürgerinitiative.

Mario Berger

Siehe auch: <https://biwieseckae.de/schwanenteich%20bedroht.htm>



Über 100 Demonstranten kamen am 20.11. zu einer Menschenkette am Schwanenteich.

Leserbrief: Das 0-Euro-Ticket als würdiger Nachfolger

Der Erfolg des 9-Euro-Tickets lag vor allem am niedrigen Preis. Denn dadurch wurden Tarifsysteme bedeutungslos. Das 49-Euro-Ticket ist hingegen nur eine Entlastung für Inhaber von Monatstickets. Niemand wird dadurch motiviert, zukünftig häufiger den ÖPNV zu nutzen. Denn die 49 Euro sind im Gegensatz zu 9 Euro eine Investition. Ein würdiger Nachfolger für das 9-Euro-Ticket wäre das 0-Euro-Ticket gewesen. Denn damit wäre eine echte Verkehrswende möglich. Niemand müsste sich fragen, ob es wirtschaftlicher ist, mit dem Pkw zu fahren. Es wäre auch einfacher, den ÖPNV zu nutzen, weil niemand erst Tarifsysteme studieren muss. Einfach einsteigen! Dies würde den Ausbau des ÖPNV, besonders auf dem Land, befördern. Wenn der ÖPNV in Öffentlicher Hand ist, ist dies zu realisieren.

Uwe Moldenhauer



Auch in diesem Jahr gedachten wir am 9.11. der vielen Jüdinnen und Juden, die 1938 an diesem Tag und danach von den Faschisten ermordet und verfolgt wurden.

Der **Mahngang** folgte in Teilen der Route des antifaschistischen Stadtrundgangs. An Gedenkorten, wie dem Sitz der Gestapo, den Synagogen und dem Gewerkschaftshaus wurden Reden gehalten. Wir endeten am Berliner Platz, legten einen Kranz nieder und sangen gemeinsam das Lied „Die Moorsoldaten“.

„Bürgergeld“: Armut verschärft

Hartz-IV soll jetzt Bürgergeld heißen und um 53 Euro erhöht werden. Darüber sind sich alle einig. Obwohl alle auch wissen, dass Hartz IV nicht das Existenzminimum abdeckt und dass damit die Armut der Betroffenen sogar größer sein wird, weil nicht einmal die Inflation ausgeglichen wird.

Streit gibt es wegen dem „Schonvermögen“ und der Sanktionen. Während CDU/CSU auf den alten Daumenschrauben beharren, wollen SPD/Grüne eine deutliche Linderung.

Bisher durfte niemand mehr als 10.000 Euro (pro Familie) besitzen, um Anspruch auf Hartz IV zu haben. Dieses „Schonvermögen“ soll auf 60.000 Euro, für einen 4-Personen-Haushalt auf 150.000 Euro erhöht werden.

Bisher musste jeder mit empfindlichen Sanktionen rechnen, der sich den Schikanen der Jobcenter widersetzte oder Termine versäumte, nicht genügend Bewerbungen schrieb oder keinen Sinn in willkürlichen

Maßnahmen sah. Dann wurden die Bezüge drastisch gekürzt.

Diese Maßnahmen sollen jetzt erst nach einer Übergangsfrist greifen bzw. abgeschwächt werden.

Dagegen wehren sich CDU/CSU. Sind SPD/Grüne „sozialer“ oder sind sie nur weitsichtiger?

Schon jetzt steigt das Armutsrisiko rasant. Die bevorstehende Rezession und die Insolvenzen werden große Teile des Mittelstands erfassen. Viele der gutbürgerlichen „Stützen der Gesellschaft“ werden sich plötzlich auf der anderen Seite wiederfinden. Wenn diese mit Hartz IV aufwachen, ihr gesamtes Vermögen verbrauchen müssen und dann noch das Korsett der Zwangsmaßnahmen verpasst bekommen, dürfte der vielbeschworene „soziale Frieden“ gefährdet sein.

Da müssen sich die Herrschenden überlegen, wie sie ihre Profite sichern und gleichzeitig die Abhängigen maximal ausbeuten und ruhig stellen. Das gelingt am

besten, wenn Scheingefechte der Parteien über die grundsätzliche Einigkeit hinwegtäuschen.

Gern werden dazu CDU/CSU/FDP genommen. Aber manchmal werden auch Sozis und Grüne gebraucht, so wie Ende der 90er Jahre, als Schröder und Fischer das Hartz IV-System durchsetzten (was Kohl gegen die Gewerkschaften nicht geschafft hätte) und als Deutschland den ersten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in Europa nach 1945 gegen Jugoslawien mitführte (was Kohl gegen die Friedensbewegung nicht geschafft hätte).

Erika Beltz

Inzwischen wurde über den Vermittlungsausschuss – die Farce nennt sich bürgerlicher Parlamentarismus – das geplante Schonvermögen herabgesetzt und Sanktionserleichterungen zurückgenommen. Hartz IV hat lediglich einen anderen Namen bekommen. Die Armut verschärft sich – und die Herrschenden sind zufrieden.

Klimakonferenzen – wozu?

Seit 27 Jahren gibt es jährliche Klimakonferenzen – der CO₂-Ausstoß und damit die Erderwärmung nimmt weiterhin Jahr für Jahr zu. Die wissenschaftlichen Tatsachen sind seit Jahrzehnten bekannt, die notwendigen Maßnahmen dagegen ebenso. Auf den Konferenzen halten wichtige Politiker schöne Reden. Scholz sagte zum Beispiel, es dürfe auf keinen Fall eine Renaissance der Kohlenstoffindustrie geben. In ihrem Land machen sie dann das Gegenteil.

Hierzulande ist es erst einmal wichtiger, Russland zu ruinieren und endlich mit dem ukrainischen Kanonenfutter einen Krieg gegen

dieses Land zu gewinnen. Derweil kann mit Kohle und Frackinggas der CO₂-Ausstoß ruhig erhöht werden.

Ab 2030 wird dann aber *richtig* gespart. Bis dahin gibt es eine andere Regierung, die neue Gründe findet, den Klimaschutz weiter hinauszuschieben. Notwendig wäre jedoch, jetzt mit massiven CO₂-Reduzierungen anzufangen. Statt die internationalen Spannungen weiter zu erhöhen, müsste um Zusammenarbeit aller Länder gerungen werden. Die irrsinnige Aufrüstung – die NATO gibt über eine Billion Dollar, mehr als der gesamte Rest der Welt, für ihr Militär aus – muss beendet werden.

Die gewaltigen materiellen und geistigen Ressourcen, die für immer neue Waffen verschwendet werden, fehlen für Maßnahmen gegen die Erderwärmung.

Viele junge Menschen sind angesichts ihrer Zukunft verzweifelt. Sie fühlen sich als „letzte Generation“ und greifen zu Maßnahmen, die zwar öffentlichkeitswirksam, aber wahrscheinlich nicht zielführend sind. Nicht spektakuläre Einzelaktionen, sondern organisierter Kampf gegen das zerstörerische Wirtschaftssystem des Kapitalismus könnten das Ruder noch herumreißen.

Gernot Linhart



Am 25.11. wurden 121 rote Schuhpaare im Seltersweg aufgestellt. Jedes einzelne steht symbolisch für einen Femizid, der im vergangenen Jahr in Deutschland stattgefunden hat. Aufgerufen hatte das 8. März-Bündnis.



Der getroffene Staat jault – Organisierte Hetzkampagnen gegen Klimaschützer*innen

„Die Verdrängungsgesellschaft fühlt sich gestört von Menschen, die unnachgiebig und mit Mitteln des zivilen Ungehorsams auf die drohende Klimakatastrophe hinweisen. Sie baut bis in höchste Regierungskreise ein neues Feindbild auf – und attackiert Versammlungsfreiheit und Demokratie.“ So stand es am 11.11.22 auf *Netzpolitik.org*. Karl-Heinz Dellwo schrieb zwei Tage später in der *taz*: „Wo Protest und Widerstand die ihnen zugeordneten dekorativen Rollen verlassen, wird von offizieller und medialer Seite mit Verlogenheit und Instrumentalisierung zurück-

geschossen.“ Hintergrund sind die seit Wochen andauernden Hetzkampagnen gegen Klimaschützer*innen, die mit Anklebe- und Abseilaktionen druckvoll in den öffentlichen Raum und damit in die politischen Debatten hineinwirken. Forderungen nach langen Haftstrafen, Verbot der beteiligten Gruppen oder die Einstufung als Terror wechselten sich mit Lügen über Verursachung von Unfällen oder blockierte Rettungsfahrzeuge ab.

Neu sind solche Diffamierungskampagnen nicht. Als aus Protest gegen die Räumung des besetzten Danni und gegen den Bau der

Autobahn A49 mehrfach Abseilaktionen über Autobahnen stattfanden und diese auch nach Ende der Räumung als Aktionskonzept weitergingen, wurden von der Polizei Meldungen über Unfälle mit Toten oder Schwerverletzten, vorzugsweise Schwangeren oder Kleinkindern verbreitet. Gestimmt hat es nie. Auf dem in der Saasener Projektwerkstatt betriebenen Youtube-Kanal „Hirnstupser“ gibt es mehrere Beiträge, die diese Debatten kritisch beleuchten.

Jörg Bergstedt

Die Wut wächst – die Organisation fehlt

Überall in Europa wehren sich die Menschen gegen das Diktat der Herrschenden, die Lohnabhängigen für den Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine bluten zu lassen.

In Frankreich streiken die Beschäftigten wichtiger Raffinerien und haben schon Erfolge erzielt: Gehaltserhöhung um sieben Prozent sowie Zulagen in Höhe von 3.000 bis 6.000 Euro.

Die CGT (franz. Gewerkschaftsbund) verlangt angesichts der hohen Inflation allerdings eine Lohnerhöhung um zehn Prozent. Sie will mit ihrer Forderung eine höhere Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensgewinn erkämpfen.

In Großbritannien hat die Hochschul-Dozentengewerkschaft UCU zu drei Streiktagen Ende November aufgerufen. Die bei der PCS organisierten Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes votierten mehrheitlich für Streik. Ihre Forderung: zehn Prozent mehr Lohn. Für Streik haben auch die Krankenhausmitarbeiter

gestimmt. Liverpools Hafenarbeiter feiern einen großen Sieg, einen Lohnabschluss zwischen 14,3 und 18,5 %.

Am 9.11.2022 fanden in ganz Belgien Streikaktionen statt.

Fünf Tage später gingen in Madrid Hunderttausende für eine öffentliche Gesundheitsversorgung auf die Straße.

Aber all diese Aktionen, so wichtig und erfolgreich sie sind, bleiben ein Tropfen auf den heißen Stein. So erklärte Steve Hedley, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär

der britischen Eisenbahnergewerkschaft RMT: „Wenn zwei oder drei Tage pro Monat gestreikt wird, dann wird keine Regierung dadurch an den Verhandlungstisch gezwungen. Es muss mehr koordinierte und längere Aktionen geben. Sie [die Gewerkschaften, Anm. d. V.] müssen eine Strategie entwickeln, die bis hin zum Generalstreik führt oder uns zumindest so nah wie möglich an einen Generalstreik heranführt. Dazu braucht es eine Koalition von Gewerkschaften, die willens und bereit sind, einen Generalstreik auszurufen“. Der politische Streik, ein Streik, der politische Forderungen durchsetzen will, muss auf die Tagesordnung gesetzt und mit dem „normalen“ Streik verbunden werden. Nur eine Streikbewegung, welche wirtschaftliche Forderungen mit der Forderung nach Einschränkung der Macht des Kapitals verknüpft, wird auf Dauer erfolgreich sein.

Henning Mächerle



Heuchler!! Gedanken zur Fußball-WM in Katar

Pünktlich zur WM in Katar wurden die Menschenrechte entdeckt: Mit Deutschland an der Spitze wollten europäische Verbände mit einer eigens erfundenen Spielführer-Binde „one love“ ein starkes Zeichen gegen die Verletzung von Menschenrechten in Katar setzen. Doch die FIFA zeigte deutlich, wer im Fußball was zu sagen hat. So endete die Geschichte des Protestes schon vor dem Anpfiff. Ein Blick in die Statuten und das Regelwerk hätte gezeigt, dass die FIFA sagt, wo es lang geht!

Doch was soll diese Aufregung? Es geht um die Arbeitsbedingungen der Millionen Wanderarbeiter aus vielen Ländern, die in Katar die Infrastruktur für diese WM unter erbärmlichen, menschenunwürdigen Bedingungen erstellt haben.

Die BRD hat übrigens eine UN-Konvention zum Schutz der Wanderarbeiter bis heute nicht unterschrieben.

Dabei war schon vor der Vergabe klar, wie in Katar mit Migranten, Schwulen und politischer Opposition umgegangen wird: Maul halten und wegducken oder Knast! Insofern ist die Lage nicht anders als z. B. 1978 bei der WM in Argentinien, verschiedenen Olympischen Spielen oder der Fußball-WM 2018 in Russland.

Und was werden die „one love“-Befürworter eigentlich bei der nächsten WM in USA/Mexiko machen? In den USA gibt es eine Mauer an der Grenze, jeden Tag Abschiebungen und Rassismus pur. Letztendlich geht es nur darum, Geld mit der Gelddruckmaschine FIFA zu ver-

dienen. Und alle verdienen mit!

Während von den Fußballern ein starkes Zeichen verlangt wird, macht der Grüne-Minister Habeck den Kniefall in Katar. Denn wir brauchen ja Energie, um den Boykott gegen Russland zu kompensieren! So wird Politik gemacht. Würden alle diese Kriterien der Heuchler angewendet, gäbe es keine einzige Großveranstaltung im Sport. Wenn es um Rechte von Arbeitnehmern geht, schauen wir doch auf die Beschäftigten bei den Klubs der Bundesliga: Gerade eine Handvoll gewählte Betriebsräte gibt es dort.

Also werde ich mir interessante Spiele anschauen, ein kühles Bier zu normalen Preisen trinken und der Bande der Heuchler zuprosten!

Helmut Appel

Kuba vs. USA: 185 zu 2 – wer ist hier isoliert?

Seit 30 Jahren verurteilen die Nationen der Welt jährlich in der UN-Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit die völkerrechtswidrige und unmenschliche Blockade der USA gegen das sozialistische Kuba – ohne dass sich die selbstherrlichen Weltbeherrscher in Washington je davon beeindrucken ließen. Sie werden es auch dieses Mal nicht tun, obwohl das Votum so deutlich und überzeugend war wie noch nie:

185 Staaten stimmten am 03.11. für die Aufhebung der Blockade.

Zwei Länder stimmten dagegen:

die USA selbst und Israel.

Zwei Länder enthielten sich: die Ukraine und das noch von Bolsonaro beherrschte Brasilien.

Diese totale weltweite Isolierung der westlichen Führungsmacht wird in den hiesigen Medien weitestgehend verschwiegen.

Dabei ist es gar nicht lange her, dass die westliche "Wertegemeinschaft" unisono ein anderes, längst nicht so deutliches Votum zum Anlass nahm, „die klare internationale Isolation Moskaus“ (tagesschau.de) zu brandmarken

und (im „stern“) festzustellen: „Putin hat nur noch vier Unterstützer“.

Am 12.10. hatten 143 Staaten gegen Russland und die Referenden in der Ostukraine gestimmt, 35 Länder hatten sich enthalten.

Darunter China und Indien, mit 2,8 Mrd. Einwohnern die bevölkerungsstärksten Länder, und 19 der insgesamt 54 afrikanischen Staaten. „Weltweite Isolierung“ sieht anders aus.

Wie lange wird die Heuchelei und Doppelmoral der Medien noch hingenommen? Erika Beltz



Unser Infostand am 05.11. am Kugelbrunnen

UZ – UNSERE ZEIT SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG

... erklärt, wie der Imperialismus funktioniert und hilft, Gegenwehr zu entwickeln.
... ist solidarisch mit den Geflüchteten und nennt die Fluchtverursacher beim Namen.
... beteiligt sich in antifaschistischer Tradition am Kampf gegen alte und neue Nazis.
... informiert über Diskussionen in den Gewerkschaften und in der linken Bewegung.



JETZT SECHS WOCHEN GRATIS PROBELESEN

„Warum bin ich in die DKP eingetreten?“

Interview mit Friedenspreisträger Werner Ortmüller

W. Ortmüller war im Personalrat, gewerkschaftlicher Vertrauensmann im ehemaligen Straßenbauamt und in der Friedensbewegung aktiv. Er kämpfte schon vor 40 Jahren für einen historischen Aufbau des Brandplatzes - ohne Tiefgarage. Das Frankfurter Friedensforum überreichte

ihm 1993 den Friedenspreis. Sein Motto ist und war: *Wer seine Ideale verrät, lebt weiter, hört aber auf zu existieren.*

Gießener Echo (GE): Werner, du warst zehn Jahre aktives Mitglied bei den Linken. Warum verlässt du diese Partei?

Werner Ortmüller (WO): Jahrelang haben wir in Wahlkämpfen Anti-kriegsflugblätter verteilt und uns aktiv für Abrüstung und Frieden eingesetzt. Und jetzt, wo es ernst wird, der Krieg da ist, ziehen sich die Spitzen in der Friedenspolitik zurück, eiern rum und biedern sich den Regierenden so sehr an, dass sie sogar für Waffenlieferungen in die Westukraine stimmen.

GE: Gibt es noch andere Anlässe für deinen Schritt?

WO: Ich möchte mich nicht nur um Kommunalpolitik kümmern und die Arbeit im Parlament. Um das Große und Ganze zu verstehen, muss man auch über die weltpolitische Lage diskutieren und Widersprüche aufdecken. Ich möchte mich hier in Gießen für die Interessen der Arbeitenden, der Schüler und Studenten einsetzen. Und das geht nur außer-

halb des Parlaments, auf der Straße. Das alles macht die DKP.

GE: Der Weltfrieden liegt dir dabei besonders am Herzen...

WO: Ja, ich habe schon lange vor dem Ukraine-Krieg an Politiker in Ost und West geschrieben, diesen Konflikt nicht eskalieren zu lassen. Ein Krieg, der eigentlich schon 2014 begann, als faschistische westukrainische Bataillone die Ostprovinzen beschossen, die 15.000 Tote zu beklagen hatten.

GE: Was wünschst du dir in absehbarer Zukunft?

WO: Ich wünsche mir, dass alle linken Kräfte zusammen gegen den gemeinsamen Feind kämpfen. Und der steht bekanntlich im eigenen Land.

Das Interview führte Uwe Lennartz.





Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de

05.12. und 19.12.2022 jeweils um 17 Uhr:

Kundgebung der SDAJ: "Für Heizung, Brot und Frieden", Marktplatz 15

10.12.2022 ab 19 Uhr:

Jahresabschlussfeier der DKP GI - bei Interesse bitte bei uns melden: giessen@dkp.de

15.12.2022 um 18 Uhr:

Bildungsabend der DKP, Thema: Sozialreform und Revolution. Mesopotamisches Kurdisches Kulturzentrum, Ederstr. 16

16. und 30.12.2022 um 19 Uhr:
Stammtisch im Chamäleon

21.12.2022:

Redaktionsschluss für das Januar-Echo

11.01.2023 um 19 Uhr:

Gruppenabend / MV DKP GI

14.01.2023: Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin; siehe auch: <https://www.jungewelt.de/rlk>

15.01.2023: Luxemburg-Liebkecht-Demonstration in Berlin; siehe auch: <http://www.ll-demo.de>

Wer mitfahren möchte, bitte bei uns melden: giessen@dkp.de

LUXEMBURG-LIEBKNECHT-DEMONSTRATION
15/01/2023

Schon gesehen?

Youtube-Kanal DKP Gießen

<https://www.youtube.com/channel/UCBsd3AUvcqZlhaCo7EFPEZA>



Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichteten wir über die Ausbeutung von Lehrlingen (heute Auszubildende) beim Kamerahersteller Minox in Heuchelheim. In einer Jugendversammlung wurde über die Ausbildungsmisere in dem Betrieb gesprochen. Die Lehrlinge mussten häufig Routine- und Serienarbeit verrichten, bei der sie nichts lernten, oft wurden sie ohne entsprechende Bezahlung als Vertretung für kranke oder urlaubende Arbeiterinnen und Arbeiter eingesetzt. Im Echo, das vor dem Betrieb verteilt wurde, forderte die DKP sofortige Verbesserungen bei der Ausbildung.

Vor **40 Jahren** war eine Rationalisierungswelle im Einzelhandel Thema. Viele große Kaufhäuser planten Massenentlassungen, steigende Umsätze wurden mit immer weniger Personal erreicht. Heute hat die Rationalisierung ein sehr hohes Maß erreicht. Bei Karstadt gibt es für mehrere Stockwerke nur noch eine Sammelkasse, in den Etagen muss man nach Verkäufern lange suchen.

Vor **30 Jahren** wiesen wir auf

den Niedergang vieler heimischer Betriebe hin. Die Fa. Minox wurde seit vier Jahren von einem Konkursverwalter geleitet, mit der Maschinenfabrik Heyligenstaedt ging es stetig bergab, die Fa. Gail, einst führend in der Herstellung von Baukeramik, reduzierte die Belegschaft von 1.600 Personen auf 650. Mehrere Besitzerwechsel ruinierten den Betrieb endgültig.

Vor **20 Jahren** reduzierte der CDU-geführte Gießener Magistrat die Ausgaben für soziale Zwecke. Die Zuschüsse für Einrichtungen und Organisationen im Sozialbereich wurden massiv gekürzt. In den Kitas wurden Stellen gestrichen. Erhöht wurden dagegen die Mittel für Wirtschaftsförderung und „innere Sicherheit“. Polizei gegen Arme – das war unsere Schlussfolgerung.

Vor **10 Jahren** meldeten wir einen Höchststand von Sanktionen bei Hartz IV-Bezieher*innen. Meist waren das Kürzungen wegen so genannter Meldeversäumnisse. Die Betroffenen hatten oft kurzfristig angesetzte Termine verpasst, bei denen ihnen keine Stelle angeboten, sondern schikanöse Maßnahmen aufgezungen werden sollten. Mit der Umbenennung in „Bürgergeld“ wird sich dank CDU/CSU nicht viel an solchen Praktiken ändern. Gernot Linhart

Den dritten Welt Krieg stoppen **Jetzt!**
XXVIII. INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ
SA. 14.1.2023 | MOA BERLIN
Livestream: [jungewelt.de/rlk](https://www.jungewelt.de/rlk)

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief* an:
Gießener Echo,
Postfach 110340, 35348 Gießen,
E-Mail: giessen@dkp.de
Im Internet: www.giessen.dkp.de



- 1 Nachfolger von Hartz IV, der das Existenzminimum angesichts der Inflation auch nicht deckt
- 2 Gefährliches Spiel mit Kernkraftwerken
- 3 Nicht angemessen in Lauterbachs Klinikkommission vertreten
- 4 Nach Jahren der Prüfung noch lange nicht barrierefrei
- 5 Priorität der Strompreispolitik
- 6 Damit wird dieser Monat enden
- 7 Außen typisch für die Jahreszeit, innen wegen gestiegener Heizkosten häufiger, sozial eine Begleiterscheinung des Kapitalismus
- 8 Am Schwanenteich in Gefahr